

Herrn Stefan Sodtke  
Herrn Christian Gerber  
Kultusministerium Stuttgart  
Per Mail

Antwort an:  
Edgar Bohn  
Hohenzollernstraße 3  
79106 Freiburg  
edgar-bohn@t-online.de

Freiburg, den 27.01.2019

**Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP: Gesetz über die Berufliche Realschule  
Hier: Stellungnahme der Landesgruppe Baden-Württemberg des Grundschulverbands**

Zum Gesetzentwurf der Fraktion FDP/DVP – Landtagsdrucksache 16/5290 vom 29.11.2018 nimmt die Landesgruppe des Grundschulverbands Baden-Württemberg wie folgt Stellung:

Mit ihrer Initiative will die FDP/DVP-Fraktion „...einen Vorschlag zu ihrer (der Werkrealschule Anmerkung E.B.) Stärkung, namentlich ihres beruflich-praktischen Profils“ einbringen.

1. Sowohl für die Werkrealschulen als auch für die Realschulen in ihren aktuellen Formen ist eines deren wesentlichen Elemente die Berufsorientierung. Dies schließt auch die Möglichkeit zu Kooperationen mit beruflichen Schulen ein. Berufsorientierung ist also bereits heute ausreichend geregelt.
2. Das im Gesetzesentwurf beschriebene Modell lässt assoziieren, dass der frühe Besuch einer beruflichen Schule vor allem für bildungsschwache Schülerinnen und Schüler wichtig sei. Damit wird die Unterscheidung in praktisch und theoretisch begabt nahegelegt, eine Unterscheidung, die so wissenschaftlich nicht haltbar ist und auch gesellschaftlich nicht gewollt sein kann. Vielmehr gilt es allen Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Allgemeinbildung und eine gute Berufsorientierung zu ermöglichen, die ihnen dann vielfältige Wege eröffnet. Auch in der Initiative „Praxisbezug, Interessenentwicklung für technische Berufe“ des Unternehmensverbandes wird klar, dass es den Unternehmen gerade um eine gute grundlegende schulische Bildung im „Lesen, Rechnen, Schreiben“ geht und in zweiter Linie darum, die Chancen, die die duale Bildung mit sich bringt deutlich zu machen.

Aufgabe aller allgemeinbildenden Schulen ist es, Bildungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler zu unterbreiten, die ein breites Begabungsspektrum – praktisch und theoretisch - fördern und so individuell erfolgreiche Wege öffnen. In diesem Sinne ist ein Mehrwert des eingebrachten Gesetzesvorschlages der FDP/DVP-Fraktion nicht erkennbar und damit aus unserer Sicht wenig hilfreich.



Edgar Bohn  
Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg